



Thomas Händel



Jürgen Klute



Cornelia Ernst

Wascht sie und macht sie ordentlich nass!

Zwei Jahre sind seit der Europawahl vergangen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich seitdem zu einer fulminanten Staatskrise, zu einer Krise der EU entwickelt. Nachdem zunächst die Politik die Banken von ihren Spekulationsverlusten mit Steuergeldern freigekauft hat, wird nun mit eben diesem Geld ein europäischer Staat nach dem anderen mit hochspekulativen Finanzgeschäften in die Pleite getrieben. Die Politik läuft dem hinterher und versucht frei nach dem Motto „wasch mich aber mach mich nicht nass“ die Finanzmärkte zu regulieren - jedoch ohne greifbare und nachvollziehbare Ergebnisse. Finanztransaktionssteuer, Euro-Bonds, Verbot der hochspekulativen Geschäfte, die Trennung von Geschäfts- und Investitionsbanken, wirksame Steuern auf hohe Vermögen und Einkommen - all dies wird entweder gar nicht oder nur sehr zögerlich in Angriff genommen. Stattdessen werden den schon in die Krise geratenen Staaten Sparprogramme auferlegt, die teilweise bis zu 30 Prozent des jährlichen Haushaltes ausmachen. Insbesondere bei sozialen Maßnahmen, Renten und Löhnen wird kräftig gekürzt. Die Schwächsten der Gesellschaft bekommen so auch noch die Kosten der von Spekulanten und der Politik verursachten Krise aufgebürdet.

Dennoch, die Bilanz unserer Arbeit im Parlament kann sich sehen lassen. Dass sich die Mächtigen in Europa nun entscheiden, jene Vorschläge in Angriff zu nehmen, ist nicht zuletzt auch unser Verdienst. Das ist bei weitem nicht genug. Nun kommt es darauf an, diese Maßnahmen so zu gestalten, dass sie wirksam sind und Europa aus der Krise führen. Wir sind an diesen Prozessen beteiligt und werden nicht nachlassen, ein soziales, ein friedliches und ein demokratische Europa einzufordern. Dabei zählen wir auf Eure Unterstützung!

Thomas Händel & Team

Tel. +32-2-28-47658
www.thomas-haendel.eu
thomas.haendel@europarl.europa.eu

Finanzmärkte müssen der Gesellschaft dienen!

Europa ist zum Spielball der Finanzmärkte geworden. Damit sich das ändert, braucht es strenge Regeln für Banken, Hedge Fonds und Rating-Agenturen. Innerhalb der Mitgliedsländer der EU können Geldströme jedoch ohne größere Hindernisse über alterhergebrachte Grenzen fließen. Auch die Regeln, die den Finanzsektor wieder auf den Boden von Vernunft und Redlichkeit bringen können, müssen deshalb europaweit gelten.

Auch wenn es in den Medien oft untergeht: In Sachen Finanzmarktregulierung geht am Europa-Parlament heute kein Weg vorbei. Als Koordinator der europäischen Linksfraktion im Wirtschafts- und Währungsausschuss bringe ich mich deshalb in die Verhandlungen über wirksame Regeln für Europas Finanzwelt und eine koordinierte, soziale und arbeitnehmerfreundliche Wirtschafts- und Steuerpolitik ein.

Die Gesetzmühlen in Brüssel mahlen langsam, und oft gehen sie nicht in die Richtung, die wir uns wünschen. Im Verbund mit Gewerkschaften, NGOs und kritischen Kollegen lassen sich trotzdem Erfolge erringen. Vor einigen Wochen hat die Kommission einen Gesetzesvorschlag für die Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Eine europaweite Einführung wäre ohne Zweifel ein Meilenstein für ein soziales Europa!

In den kommenden Monaten werden grundlegende Regeln für Geschäfte an Europas Börsen neu bestimmt. Eine historische Chance, um dem Wild West-Handel mit Lebensmitteln Einhalt zu gebieten. Auf meine Initiative hin fordert das Parlament, dass Händler nicht unbegrenzt Rohstoffpapiere halten dürfen. Dies könnte helfen, der Spekulation mit Lebensmitteln Einhalt zu bieten.

Wir brauchen einen Finanzsektor, der der Gesellschaft dient. Wir müssen verhindern, dass Arbeitnehmer für die Fehler der Banken bluten. Dafür setze ich mich ein.

Tel. +32-228-47655
www.juergen-klute.eu
juergen.klute@europarl.europa.eu

Schutz von Minderheiten!

Die Gruppe der **Roma** ist mit 10 Mio. Menschen die größte ethnische Minderheit in der EU. Roma werden in vielen Mitgliedstaaten der EU ausgegrenzt und angefeindet, leben in extremer Armut, haben keinen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Wohnraum und Gesundheitsdienstleistungen. Die europäische Antidiskriminierungsrichtlinie reicht nicht aus, um diese strukturelle Diskriminierung wirksam zu bekämpfen. Cornelia Ernst setzt sich innerhalb und außerhalb des Parlaments für die Rechte der Roma ein.

- Am 10. Dezember 2011 findet dazu eine Konferenz der GUE/NGL und der BTF in Berlin statt.

Zusammenhalt und Partnerschaft!

Die **Kohäsionspolitik** (Kohäsion = Zusammenhalt) fördert den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU. Deutschland erhält von 2007-2013 ca. 23 Mrd. €, für die ostdeutschen Bundesländer sind das 19 Mrd., für die alten Bundesländer ca. 4,7 Mrd. €. Momentan diskutiert das Europäische Parlament die Reform der Kohäsionspolitik ab 2014, dabei setzt sich Cornelia Ernst für eine ausreichende Förderung aller Regionen ein, und dass das Förderniveau in den ostdeutschen Regionen nicht abrump weg bricht.

- Am 19. November 2011 veranstalten die GUE/NGL und DIE LINKE. im Thüringer Landtag eine Kohäsionskonferenz in Erfurt.

Für effizienten Datenschutz!

Vorratsdatenspeicherung, das SWIFT-Abkommen mit dem Bankdaten in die USA übermittelt werden, Speicherung von Fluggastdaten, Körperscanner - all dies wird maßgeblich in Brüssel entschieden. Im Namen von Terrorismusbekämpfung und angeblicher Sicherheit werden fundamentale Bürgerrechte allzu oft übergangen, ohne dass die Wirksamkeit der Maßnahmen überprüft wird. Daher setzt sich Cornelia Ernst gegen Sammelwut und Sicherheitswahn und für einen strengen Datenschutz und ein freies und offenes Internet ein.

Tel. +32-228-47660
www.cornelia-ernst.eu
cornelia.ernst@europarl.europa.eu



8 für Europa!
DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



Rue Wiertz 47 | B-1047 Brüssel | Belgien
V.i.S.d.P. Thomas Händel, Gabi Zimmer



Lothar Bisky

„Mehr und bessere Arbeitsplätze und Bildungschancen, soziale Sicherheit und sozialen Zusammenhalt, einen respektvollen Umgang mit unserer Erde und ihren Ressourcen, Kulturaustausch, selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung und konsequente Friedenspolitik - dafür streiten wir, das müssen aus unserer Sicht die vorrangigen Ziele des Europäischen Integrationsprozesses sein.“

Lothar Bisky ist seit 2009 im europäischen Parlament als Abgeordneter tätig, wo er sich vor allem als Vizepräsident mit dem Ausschuss für Kultur und Bildung verbunden sieht. Dies ist nicht nur auf seine berufliche Laufbahn als Rektor und Professor der Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam/Babelsberg zurück zu führen, sondern auch auf sein Interesse am Film und an der Kultur- und Medienlandschaft.

Als Vorsitzender der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament (kurz. GUE/NGL) hat sich Lothar Bisky auch nach Ende seiner Zeit als Parteivorsitzender und Vorsitzender der European Left dem Zusammenhalt der Linken in Europa und dem Kampf für eine gerechtere Welt verschrieben.

In der GUE/NGL haben sich 34 Europaabgeordnete aus 12 europäischen Mitgliedstaaten und 17 Parteien zusammengeschlossen.

Wir verstehen es als unsere Aufgabe, die EU menschlicher, transparenter und greifbarer zu machen. Die EU muss ein Projekt der Bürgerinnen und Bürger werden, nicht eines der Eliten bleiben. Wir kämpfen für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, um bürgerliche Freiheiten und die Stärkung der Menschenrechte. Antifaschismus und Antirassismus gehören fest zur Tradition der Linken Bewegungen in Europa.

Tel. +32-228-47834
www.lothar-bisky.de
lothar.bisky@europarl.europa.eu



Sabine Lösing

Die LINKE ist DIE Friedenspartei ohne wenn und aber: deshalb setzen wir uns für die ausschließliche friedliche Konfliktlösung ein, auch im Einzelfall.

EU & NATO, zwei Bündnisse als Waffenbrüder: Die EU agiert nicht alternativ, sondern ergänzend zur NATO. Durch die immer engere Verzahnung mit der NATO wird sie selbst zu einem Militärbündnis und entfernt sich meilenweit davon, eine zivile Organisation zu sein. Die NATO ist ein Unsicherheitsystem und muss aufgelöst werden - schon der Austritt einzelner EU-Staaten aus den militärischen Strukturen der NATO wäre ein sicherheitspolitischer Gewinn.

Rüstungsexportweltmeister! Die EU-Staaten können im Jahr 2010 zum wiederholten Male für sich den zweifelhaften „Erfolg“ beanspruchen, mit einem Anteil von 34% (USA: 30%; Russland 23%) Rüstungsexportweltmeister zu sein. Obwohl es sich hierbei um einen Hauptfaktor für die Eskalation von Konflikten handelt, versucht die EU Rüstungsexporte massiv zu unterstützen (etwa über die „Verbringungsrichtlinie“).

Militarisierung der zivilen Konfliktbearbeitung: Ursprünglich war die zivile Konfliktbearbeitung als Alternative, nicht als Ergänzung militärischer Einsätze gedacht. Das neue EU-Leitbild der zivil-militärischen Zusammenarbeit verzahnt ziviles und militärisches Krisenmanagement jedoch immer stärker miteinander. Das Militär übernimmt die Führungsrolle, ziviles Krisenmanagement wird zum Erfüllungsgehilfen um militärisch-strategische Interessen durchzusetzen.

Völkerrecht verteidigen, UNO grundlegend reformieren

Militärische UN-Einsätze sind abzulehnen. Die UN muss entmilitarisiert und grundlegend demokratisiert werden.

Ich fordere daher:

- die Auflösung der NATO!
- Sofortige Abrüstung!
- Stopp von Rüstungsexporten!
- Beendigung aller militärischen und zivil-militärischen Auslandseinsätze!
- Sofortiger Abzug der Truppen aus Afghanistan!

Tel. +32-228-47894
www.sabine-loesing.de
sabine.loesing@europarl.europa.eu



Helmut Scholz

Helmut Scholz ist der ausgebildete Außenpolitiker in unserem Abgeordnetenteam und hat schon vor seiner Wahl 2009 über viele Jahre die internationalen Beziehungen der PDS und der LINKEN mit entwickelt. Er engagiert sich im außenpolitischen Ausschuss und setzt sich dort für eine neue internationale Friedensarchitektur unter gleichberechtigter Einbeziehung aller Staaten ein.

Den Schwerpunkt seiner Arbeit im Europäischen Parlament bildet der internationale Handel. Hier geht es um Verträge, die sehr direkte Auswirkungen darauf haben, welche Entwicklungsmöglichkeiten ganze Ökonomien haben und unter welchen Bedingungen Menschen arbeiten.

In einem von CDU & Co dominierten Parlament ist die Arbeit stark von Abwehrkämpfen geprägt. Aber es gibt auch Erfolge: So konnte Helmut erfolgreich 176 Millionen Euro von reiner Außenwirtschaftsförderung in soziale, ökologische, akademische und kulturelle Kooperation umwidmen. Er konnte die Zustimmung des Parlaments für die Finanzierung des Yasuni-Projektes in Ecuador erwirken und damit einen Sieg für den Umweltschutz über die Ölförderung vorbereiten. Bei seiner Arbeit zur Durchsetzung von Alternativvorschlägen für die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen stützt er sich auf eine enge Zusammenarbeit mit NGOs aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa, und arbeitet eng mit Vertretern progressiver Regierungen zusammen.

Mit vielen Kreisverbänden, Hochschulen und Schulen, Bauern und Unternehmern sowie unseren Landtagsfraktionen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg diskutiert Helmut über die Ausgestaltung der künftigen Politik Europas. Die Mitbestimmung, die Demokratisierung Europas, ist das dritte Hauptthema von Helmut Scholz, für das er im Ausschuss für Verfassungsfragen kämpft. Für die Europäische Bürgerinitiative konnte er die Hürden verringern.

Tel. +32-228-47893
www.helmutscholz.eu
helmut.scholz@europarl.europa.eu



Sabine Wils

Ein Neustart für eine andere, eine bessere EU!

Der **Vertrag von Lissabon** und der **EURATOM-Vertrag** taugen nicht für eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union.

Über die EU hat sich das kapitalistische System in Europa organisiert und sich mit dem Vertrag von Lissabon eine gemeinsame neoliberale Wirtschaftsordnung gegeben. Heute prallen in der Finanz- und Wirtschaftskrise die Interessen der Gewinner und Verlierer im gemeinsamen Binnenmarkt aufeinander. Das Modell einer europäischen Wettbewerbswirtschaft ohne sozialen Ausgleich ist gescheitert. Die Antworten der EU-Staaten auf diese Wirtschafts- und Finanzkrise belegen ihre Unterwerfung unter die Interessen der Finanzkonzerne. Diese Politik ersetzt die bürgerliche Demokratie durch vorgebliche Sachzwänge, die jegliche freie politische Entscheidung unterdrücken.

Zusätzlich zum Lissabon-Vertrag sichert der EURATOM-Vertrag strukturell die Interessen der Atomindustrie ab. Für die nukleare Forschung und Förderung der Atomenergie in der Europäischen Union zahlt die Bundesrepublik Deutschland allein im Jahr 2011 über 117 Mio. Euro in den EU-Haushalt, obwohl sie angeblich aus der Kernenergie aussteigen will. Brüssel lässt sich EURATOM viele Milliarden Euro kosten und garantiert damit die satten Profite der Atomkonzerne, während den Bürgerinnen und Bürgern in der EU Renten und Sozialleistungen gekürzt werden. Ausgerechnet bei der Sicherheit der AKWs und der sogenannten Endlager hat das EU-Parlament keine Mitentscheidungsrechte, weil diese Richtlinien unter den EURATOM-Vertrag fallen. Der Rat entscheidet hierüber auf Grundlage der „Expertise“ der Atomindustrie, die im „Ausschuss für Wissenschaft und Technik“, der im EURATOM-Vertrag verankert ist, die Kommission berät.

Die Auflösung des EURATOM-Vertrags ist Voraussetzung für einen europaweiten Atomausstieg!

www.raus-aus-euratom.de

Tel. +32-228-47644
www.sabine-wils.eu
sabine.wils@europarl.europa.eu



Gabi Zimmer

Am Horn von Afrika wütet eine tödliche Hungerkatastrophe. Es sind die Ärmsten, die es am härtesten trifft. 30 000 Kinder sind bereits gestorben. Diese Tragödie ist aber nur die Spitze des weltweiten Hunger-Eisbergs. Eine Milliarde Menschen hungern täglich. Gabi Zimmer fordert in ihrem jüngst mit großer Mehrheit im EP angenommenen Bericht die EU auf, ihre Verantwortung im Kampf gegen Hunger zu übernehmen.

Der Großteil der hungernden Menschen lebt als Kleinbäuerin oder Kleinbauer auf dem Land. Die Europäische Agrar- und Handelspolitik hat aber mit ihren subventionierten Waren dazu beigetragen, die einheimische Produktion zu zerstören. Es fehlen Investitionen in nötige Infrastrukturen und in den Zugang zu lokalen Märkten. Die Reform der EU-Agrarpolitik muss das berücksichtigen.

Ein Hauptgrund des Hungerns liegt in den stark gestiegenen Preisen für Lebensmittel und Agrarrohstoffe auf den Weltmärkten. Getrieben von exzessiven Spekulationen in den letzten Jahren, die große Anleger nur zum Zweck des Profits betreiben. Inzwischen sind Rekordpreise erreicht, die sich die Ärmsten einfach nicht mehr leisten können. Die Europäische Kommission muss sich für Regulierungen einsetzen.

Zusätzlich kaufen internationale Investoren riesige Landflächen in Entwicklungsländern, um dort auch Getreide für Biosprit anzubauen. Über 220 Millionen Hektar sollen es mittlerweile sein. Die einheimische Bevölkerung wird von ihrem angestammten Land vertrieben und verliert ihre Lebensgrundlage. Und der Klimawandel hat die schlimmsten Auswirkungen in Entwicklungsländern.

Angemessene Nahrung ist ein Menschenrecht. Deshalb fordern wir die EU auf, für effektive Beschränkungen der exzessiven Spekulation einzutreten. Wenn die EU ihre Politikbereiche nicht am Menschenrecht auf Nahrung ausrichtet, bleibt sie eine Farce.

Tel. +32-228-47101
www.gabi-zimmer.de
gabriele.zimmer@europarl.europa.eu